



DIALOG FORUM | Schillerstraße 59 | D-10627 Berlin  
T: +49 30 26931460 | [www.forumdialog.eu](http://www.forumdialog.eu) | [Redaktion@forumdialog.eu](mailto:Redaktion@forumdialog.eu)

## Presseschau, 30. November bis 6. Dezember 2023

Die polnischen Medien befassten sich in den letzten Tagen in erster Linie mit zwei politischen Themen: Des letzten „Gefechts“ des Ausschusses zur Untersuchung russischer Einflussnahmen, der einen „Teilbericht“ über die wenigen Wochen seiner Tätigkeit veröffentlichte, ohne jemanden zuvor angehört zu haben, und zwar zwei Stunden, bevor die Ausschussmitglieder abberufen wurden. Das zweite Thema sorgt im rechten Spektrum für große Aufregung, nämlich die angebliche „Windmühlenaffäre“, das heißt ein noch nicht fertiggestellter Gesetzentwurf zur Einfrierung von Energiepreisen und zu Windparks. Im Grenzbereich zwischen Kultur und Politik zeichnet sich ein bislang in Polen noch nicht dagewesener Vorgang ab: Es ist möglich, dass Sejmsitzungen bald schon im Kino ausgestrahlt werden.

### Teilbericht des „Lex Tusk“-Ausschusses

Am Mittwoch voriger Woche sollte sich der Sejm mit der Abberufung der bisherigen Mitglieder des Sejmausschusses zur Untersuchung russischer Einflussnahme befassen (gemeinhin „Lex Tusk“ genannt), der in Wirklichkeit ein Instrument der PiS-Partei zur Vernichtung der politischen Konkurrenz ist. Zwei Stunden vor der Sitzung beraumte die Kommission eine Pressekonferenz an und machte einen durchaus kuriosen „Teilbericht“ öffentlich, obwohl sie noch keinen einzigen Zeugen angehört hatte. Der Bericht gelangt zu der Empfehlung, dem früheren Ministerpräsidenten Donald Tusk sowie seinen damaligen Ministern Jacek Cichocki, Bogdan Klich, Tomasz Siemoniak und Bartłomiej Sienkiewicz seien keine öffentlichen

Aufgaben, Ämter und Funktionen mehr anzuvertrauen, zu deren Obliegenheiten die Sicherheit des Landes gehört. Nach Auffassung des Ausschusses sollten ebenso wenig die Chefs der Militärischen Spionageabwehr (SKW), die Generale Piotr Pytel und Janusz Nosek mit Sicherheitsfragen betraut werden, sowie der stellvertretende Chef der Spionageabwehr, Oberst Krzysztof Dusza.<sup>1</sup> Der vom Ausschuss gegen die Politiker erhobene Vorwurf besteht in „ungenügender Aufsicht über die Aktivitäten der Militärischen Spionageabwehr und seinen Kontakten mit dem russländischen Föderalen Sicherheitsdienst [FSB] vor 2015.“<sup>2</sup> Alle Ausschussmitglieder wurden von der Sejmmehrheit abberufen. Zahlreiche Kommentare befassten sich mit der Veröffentlichung des „Teilberichtes“.

„Was dieser Ausschuss gemacht hat, hat Züge eines kabarettistischen Staatsstreichs, eines ungeschickten Versuchs, auf das Ergebnis der von PiS verlorenen Wahlen Einfluss zu nehmen“<sup>3</sup>, so nimmt Paweł Białek den Bericht, stellvertretender Chef der Agentur für Innere Sicherheit (ABW) in den Jahren 2007 bis 2012 und Experte für Nachrichtendienste.

Roman Imielski meint in der *Gazeta Wyborcza*: „Der ‚Teilbericht‘ des ‚Lex Tusk‘-Ausschusses unter dem Vorsitz von Sławomir Cenckiewicz ist nur ein weiteres Beispiel dafür, wie für rein politische Zwecke Geheimnisse unseres Staates enthüllt werden. Im Falle des Milieus um Jarosław Kaczyński handelt es sich um eine wiederkehrende Pathologie.“<sup>4</sup>

Einige Beobachter gehen davon aus, hinter diesen Aktivitäten stehe die Absicht, dass Präsident Andrzej Duda (PiS) Donald Tusks (PO) Ernennung zum Ministerpräsidenten nicht unterschreibt. Marcin Mastalerek, Stabschef des Präsidenten, zerstreute solche Annahmen: „Sollte Donald Tusk gewählt werden, wird der Präsident selbstverständlich den Eid entgegennehmen, und die Vereidigung wird stattfinden.“<sup>5</sup>

Paweł Wroński wirft in der *Gazeta Wyborcza* einen Blick auf eine diesbezügliche Äußerung Dudas selbst: „Der Präsident stellte während des COP28-Gipfels [der Weltklimakonferenz; A.d.Ü.] in Dubai fest, er werde den Kandidaten des Sejms gemäß demokratischer Grundsätze ernennen. Er sagte darüber hinaus noch etwas, dem die Regierungsmedien weiter keine Beachtung schenkten: Die in dem Bericht angeführten Sachverhalte seien während des Wahlkampfes öffentlich gemacht worden, und die Nation habe trotzdem, bei hoher

---

<sup>1</sup><https://wyborcza.pl/7,75398,30460647,kuriozalny-raport-komisji-lex-tusk.html>

<sup>2</sup> <https://wyborcza.pl/7,75398,30460352,ostatnie-uderzenie-komisji-lex-tusk-celem-nowy-rzad-demokratycznej.html>

<sup>3</sup>Ebd.

<sup>4</sup> <https://wyborcza.pl/7,75398,30468145,pis-niebezpiecznie-gra-naszymi-tajemnicami.html>

<sup>5</sup> <https://wiadomosci.wp.pl/komisja-ds-wplywow-rosji-chce-blokady-donalda-tuska-znamy-decyzje-andrzejadudy-6968670810171904a>

Wahlbeteiligung, entschieden, wie sie entschieden habe.“<sup>6</sup>

Donald Tusk und Szymon Hołownia (Polska 2050/ Dritter Weg) machen sich gleichfalls um die Berufung der neuen Regierung keine Sorgen. „Es ist müßig, über einen Staatsstreich oder eine andere Art von nationaler Schande zu spekulieren, wie sie PiS oder der Präsident im Schilde führen könnten. Ganz unabhängig davon sind die Risiken nicht groß“, meinte Tusk.

Ein anderer vom Untersuchungsausschuss namentlich genannter Politiker, Tomasz Siemoniak, fasste in einem Interview für den Radiosender TOK FM zusammen: „Ein Witz von Ausschuss, ein Witz von Schlussfolgerungen. Ihr Gespinst ist wie mit Schiffstauen gewoben.“<sup>7</sup>

Die vormaligen Chefs der Militärischen Spionageabwehr sprechen ihrerseits von Manipulationen des Ausschusses, verweisen aber in erster Linie auf die Offenbarung von Staatsgeheimnissen. In der Einschätzung der Generale Nosek und Pytel sowie des Obersten Dusza: „Die unüberlegte und nur von politischen Interessen motivierte Offenbarung und Veröffentlichung von Geheimdokumenten bildet eine präzedenzlose und unmittelbare Gefahr für die Sicherheit der Republik Polen.“<sup>8</sup>

In der *Rzeczpospolita* fasst Marek Kozubal zusammen: „Der Ausschuss brachte de facto genau diejenigen Vorwürfe vor, die PiS während des Wahlkampfes einsetzte, und die Filmproduktion ‚Reset‘ ergriff von ihr Besitz, zu deren Autoren der Ausschussvorsitzende Sławomir Cenckiewicz gehörte [‚Reset‘, von Telewizja Polska 2023 ausgestrahlte, fünfzehnteilige Dokumentarserie über Kontakte zwischen SKW und russländischen Nachrichtendiensten zur Zeit der Regierung Tusk; A.d.Ü.]. So ist eine Formulierung von [Andrzej] Zybertowicz [Soziologieprofessor an der Universität Thorn, seit 2015 als „Berater aus der Gesellschaft“ Mitglied der Präsidentschaftskanzlei; A.d.Ü.] in diesem Zusammenhang von ungewöhnlicher Offenherzigkeit: ‚wir hatten den Eindruck‘.“<sup>9</sup>

## **Die „Windmühlenaffäre“**

In dem in der vergangenen Woche im Sejm diskutierten Gesetzesentwurf über die Einfrierung von Energiepreisen befand sich ein beiläufiger Passus zur Errichtung von Windparks. Der

---

<sup>6</sup> <https://wyborcza.pl/7,75398,30471021,porazka-cenckiewiczza-napad-wariatow-na-bandytow-wywolal-wscieklosc.html>

<sup>7</sup> <https://www.tokfm.pl/Tokfm/7,103087,30458319,raport-komisji-lex-tusk-to-bron-dla-prezydenta-dudy-niewyobrazalny.html>

<sup>8</sup> <https://wyborcza.pl/7,75398,30467532,byli-szefowie-skw-oskarzaja-komisje-cenckiewiczza-zdrada-tajemnic.html>

<sup>9</sup> <https://www.rp.pl/publicystyka/art39513441-marek-kozubal-raport-komisji-ds-rosyjskich-wplywow-mialkie-zarzuty-pod-adresem-m-in-donalda-tuska>

Entwurf sah vor, Windkraftwerke sollten in einer Mindestentfernung von 300 Metern von Einfamilienhäusern und 400 Metern von Mehrfamilienhäusern errichtet werden können, während die an Windturbinen interessierten Parteien selbst 500 Meter forderten. Der Entwurf sah darüber hinaus die Möglichkeit vor, Enteignungen für den Bau von Windparks vornehmen zu können. Das Problem wurde rasch behoben; das Gesetz über die Einfrierung der Energiepreise verblieb im Sejm, während sich erst die neue Regierung mit den Windparks befassen soll. Doch die rechtsgerichteten Medien stellen das Thema anders da, sprechen im Anschluss an bestimmte Politiker von einer „Windmühlenaffäre“ und fordern einen Untersuchungsausschuss.

Der abtretende Ministerpräsident Mateusz Morawiecki wetterte: „Das ist einer der größten juristischen Missgriffe der letzten dreißig Jahre, daher fordern wir einen Untersuchungsausschuss, der sich anschaut, wer diese Vorschriften in die ‚Lex Kloska‘ [benannt nach Paulina Hennig-Kloska (Polska 2050), Koautorin des Entwurfs; A.d.R.] eingetragen hat.“<sup>10</sup>

Jacek Ozdoba von der Partei Souveränes Polen verweist auf den Einfluss von Lobbyisten bei der Vorbereitung des Gesetzentwurfs: „In diesem Gesetz gehen die größten Vorteile an große ausländische Konzerne, die bei anderen Änderungen in diesem Gesetz an der Börse Zugewinne machten.“<sup>11</sup>

Anna Maria Żukowska (Linke) kommentierte den Sachverhalt gelassen: „Es gibt keine Windmühlenaffäre. Es gibt noch kein Gesetz, es handelt sich immer noch um einen Entwurf.“<sup>12</sup>

In der Rzeczpospolita gelangt Zuzanna Dąbrowska zu interessanten Schlussfolgerungen: „Der neuen Mehrheit aus Bürgerkoalition, Drittem Weg und Neuer Linken konnte nichts Besseres passieren. Dass PiS das Wort ‚Affäre‘ in Bezug auf einen Fehler der Koalition im Gesetzgebungsverfahren benutzte, ist für diese zukünftig die beste Notbremse.“<sup>13</sup>

Waldemar Buda (PiS) war mit seinen Worten nicht wählerisch: „[...] Frau Abgeordnete Paulina Hennig-Kloska – das ist Rywin [gemeint ist eine nach dem Filmproduzenten Lew Rywin benannte, in Polen notorische Korruptionsaffäre um ein Mediengesetz von 2002/03, auch genannt „Rywingate“; A.d.Ü.] im Rock in dieser Legislaturperiode [...] man wird sich alle von

---

<sup>10</sup> <https://oko.press/afera-wiatrakowa-poprawki>

<sup>11</sup> <https://dorzeczy.pl/opinie/510840/afera-wiatrakowa-ozdoba-korzysci-plyna-do-zagranicznych-koncernow.html>

<sup>12</sup> <https://www.pap.pl/aktualnosci/zukowska-nie-ma-afery-wiatrakowej-jest-projekt-ustawy>

<sup>13</sup> <https://www.rp.pl/opinie-polityczno-spoleczne/art39525581-zuzanna-dabrowska-dlaczego-pis-pomaga-nowej-koalycji-tzw-afera-wiatrakowa>

der gegenwärtigen Sejmmehrheit eingebrachten Gesetze genau ansehen müssen.“<sup>14</sup>

### **Der Sejm im Kino?**

Wie die *Rzeczpospolita* berichtet, will die Warschauer „Kinoteka“ [großes Kino im Kulturpalast; A.d.Ü.] auf das wachsende Interesse an den Sejmsitzungen reagieren und diese auch im Kino zeigen. Seit den Wahlen vom Oktober schlägt der YouTube-Kanal des Sejms alle Rekorde: Er hat bereits knapp 390.000 Follower. Die erste Übertragung im Kino soll bereits am 11. Dezember stattfinden, das heißt an dem Tag, an dem Ministerpräsident Mateusz Morawiecki sein Regierungsprogramm vorstellt und höchstwahrscheinlich kein Vertrauensvotum gewinnen wird, so dass Donald Tusk ins Spiel kommt. Alles deutet darauf hin, dass die Polen dieser Sitzung mit angehaltenem Atem folgen werden. Die „Kinoteka“ möchte wenigstens einem Teil der Zuschauer ermöglichen, die Sitzung auf der großen Leinwand zu sehen. „Das Informationszentrum des Sejms muss noch sein Einverständnis zur Ausstrahlung im Kino geben. Wie *Wirtualna Polska* mitteilt, hat sich die Rechtsabteilung von „Kinoteka“ bereits um die Genehmigung der Übertragung bemüht.“<sup>15</sup> Es ist möglich, dass es noch weitere Übertragungen geben wird.

### **Tweet der Woche**

„Europarekord geschlagen! Die Regierung Tusk, sollte sie zustande kommen, wird die erste sein, die in eine Mega-Lobbyistenaffäre verwickelt ist, noch bevor sie überhaupt zustande gekommen ist. Das geht auf die Kappe der Abgeordneten von #Polska2050. Aufgepasst! Davon gibt es gerade einmal 33. Und? Hat Sejmmarschall #Hołownia nichts gewusst? #AferaWiatrakowa [Windmühlenaffäre].“<sup>16</sup>

Przemysław Czarnek, PiS, vormaliger Minister für Bildung und Wissenschaft

*Bearbeitung: Anna Wróblowska*

*Aus dem Polnischen von Andreas R. Hofmann*

---

<sup>14</sup> <https://i.pl/ostre-slowa-waldemara-budy-wobec-pauliny-hennigkloski-to-rywin-w-spodnicy-tej-kadencji/ar/c1-18137093>

<sup>15</sup> <https://www.rp.pl/polityka/art39518231-obrady-sejmu-trafia-na-wielki-ekran-rekordowe-zainteresowanie>

<sup>16</sup> <https://twitter.com/CzarnekP/status/1731918108825149520>